

Initiative will Rechte von Geflüchteten stärken

Mit Wechselstuben will die Gruppe das Bargeld-Limit bei der Bezahlkarte für Flüchtlinge umgehen / Probleme verzögern Karten-Einführung

VON PATRICK ROBINSON

MARBURG. Seit Dezember 2024 wird in Hessen die Bezahlkarte für Flüchtlinge ausgegeben, aber nicht in allen Gemeinden. In Marburg sollte die Karte Ende März 2025 eingeführt werden, passiert ist das bisher nicht. Allerdings können Bezahlkarten mittlerweile gegen Bargeld getauscht werden, eine neue Initiative organisiert regelmäßige Wechselstuben in Marburg.

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf ist die Karte seit April 2025 vorhanden. Derzeit erhalten 408 Personen ausschließlich Leistungen über die Bezahlkarte, davon 248 Erwachsene und 160 Kinder.

Fehlende Schnittstelle verzögert Einführung

In Marburg verzögert sich derweil das Einführen der Bezahlkarte. „Es gibt da eine technische Hürde, die noch nicht gelöst ist“, sagt Patricia Grähling von der Pressestelle der Stadt auf OP-Anfrage. Konkret warte man auf „eine funktionierende technische Schnittstelle an das bestehende Fachverfahren“, sagt Grähling.

Marburg ist nicht die einzige hessische Stadt, in der sich das Einführen der Karte verzögert. Wie die Hessenschau Ende September berichtete, werden auch in Frankfurt, Kassel,

Darmstadt und Wiesbaden keine Bezahlkarten ausgegeben. Zwar kann eine Stadt auch ohne diese Schnittstelle die Bezahlkarte ausgeben, in Marburg aber erfolgte das Zurückstellen der Karte mit dem Land. „Grund ist der zusätzliche Verwaltungsaufwand, denn die Daten müssen händisch eingetragen und überwacht werden“, sagt Grähling.

Wechselstube für Bezahlkarte in Marburg

Wann die technischen Hürden behoben und die Bezahlkarte ausgegeben wird, könne derzeit nicht beantwortet werden. Bereits in Vergangenheit hat sich die Stadt ablehnend gegenüber der Bezahlkarte geäußert. Die Stadt Marburg habe auch überregional auf die Risiken der Bezahlkarte hingewiesen und deren Einführung bedauert, erklärt Grähling und gibt als Grund an, „dass gelingende Integration von gesellschaftlicher Teilhabe abhängig ist“. Man sei nicht überrascht, dass Tauschbörsen für Bezahlkarten in Marburg entstanden sind.

Eine solche Tauschbörse wird seit rund zwei Monaten in Marburg von einer Gruppe um Anna Hofmann (Die Linke) und Sina Menke (Asylbegleitung Mittelhessen) betrieben. Alle zwei Wochen bietet die Gruppe, in der sich 16 Menschen en-



Im Landkreis gibt es sie schon, in Marburg noch nicht – die Bezahlkarte für Flüchtlinge. Gegen Bargeld getauscht werden kann sie in der Uni-stadt dennoch.

FOTO: MARCUS BRANDT/DPA

gagieren, Tauschaktionen in der Nähe des Marburger Hauptbahnhofes an.

Bei den regelmäßigen Börsen werden Karten gegen Bargeld getauscht. Das System ist einfach. Ein mit der Bezahlkarte gekaufter Supermarkt-Gutschein wird in der Wechselstube gegen 50 Euro abgegeben. Dort kann jemand anderes für 50 Euro einen Gutschein erwerben.

„Das gibt es schon in anderen Städten“, berichtet Menke von ähnlichen Wechselstuben

in Hessen, beispielsweise Kassel, Gießen und Frankfurt. In Gießen holten sich Mitglieder der Marburger Initiative Tipps rund um die Organisation solcher Wechselstuben.

Aus Gießen kommen zurzeit auch die meisten Karten, sagen die beiden. „Es hat sich noch nicht rumgesprochen“, sagt Menke, dass es in Marburg eine solche Wechselstube gibt. Viele der Menschen aus der Erstaufnahmestelle in Neustadt fahren noch nach Gießen, um dort zu tauschen.

„Es kommen mehr Menschen, die eine Karte wollen, als es Karten gibt“, sagt Menke über die regelmäßigen Wechselstuben in Marburg. „Die Solidarität in Marburg ist gut“, sagt sie. Dennoch hat die Gruppe mit Herausforderungen zu kämpfen. „Es ist ein Problem, zugängliche Orte zu finden, an denen wir die Tauschaktionen durchführen können“, sagt Hofmann. Und sie fügt hinzu: „Und wir müssen mehr Menschen finden, die mithelfen“, weil Tauschaktionen schon we-

gen krankheitsbedingter Ausfälle kurzfristig abgesagt werden mussten.

Das Ziel der Gruppe ist es, sowohl politisch gegen die Bezahlkarte vorzugehen und praktische Solidarität zu zeigen. Die Initiative kritisiert, dass durch die Bezahlkarte die sozialen Rechte von Geflüchteten beschnitten werden. Zum Beispiel, weil die Karte nur in Geschäften mit entsprechenden Lesegeräten genutzt werden kann, was das Nutzen einschränkt.